

Februar 2016

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung	2
Grundstimmung in Deutschland eingetrübt	3
Unzufriedenheit mit der Bundesregierung wächst	4
Bundesregierung hat die Flüchtlingssituation nicht im Griff	5
Konstant hohe Bereitschaft für Aufnahme von Kriegsflüchtlingen.....	7
Leistungskürzungen für integrationsunwillige Flüchtlinge findet große Zustimmung.....	9
Massiver Rückgang der Zufriedenheit mit Bundeskanzlerin Merkel.....	11
Sonntagsfrage: Tiefster Wert für die Union in der laufenden Legislaturperiode.....	13
Gerechtigkeitsfrage spaltet die Bevölkerung	15
Europäische Union: AfD-Anhängerschaft sieht überwiegend Nachteile für Deutschland	16
Furcht vor großen Menschenansammlungen hat nachgelassen	17

ARD – DeutschlandTREND Februar 2016

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.004 Befragte Sonntagsfrage: 1.504 Befragte	
Erhebungszeitraum	1. bis 2. Februar 2016	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-154
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Zusammenfassung

Parallel zu einer überwiegend von Beunruhigung geprägten Grundstimmung in Deutschland wächst die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung. Eine Mehrheit von 61 Prozent ist unzufrieden mit der politischen Arbeit der Großen Koalition, 38 Prozent äußern sich zufrieden. Dies ist die schlechteste Beurteilung in der laufenden Legislaturperiode. Darunter leidet vor allem die Union, der aktuell nur noch 35 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme geben würden – ein Minus von 4 Punkten im Vergleich zum Januar. Die SPD hält ihre Wähleranteil konstant bei 24 Prozent. Während die Grünen leicht verlieren (10 Prozent, -1) gewinnen sowohl Linke (9 Prozent, +1) als auch FDP (5 Prozent, +1) leicht hinzu. Die AfD verbessert sich binnen eines Monats um drei Punkte auf 12 Prozent und platziert sich damit aktuell als drittstärkste Kraft.

Auch die Leistung der Bundeskanzlerin sieht die Bevölkerung zunehmend kritisch: Nur noch knapp die Hälfte der Bundesbürger (46 Prozent) ist derzeit zufrieden mit Angela Merkel – ihr schlechtester Wert seit August 2011. Hauptgrund für die aktuelle Unzufriedenheit mit Regierung und Kanzlerin ist im Umgang mit der Flüchtlingssituation begründet: Acht von zehn Bundesbürgern (81 Prozent) haben den Eindruck, dass die Regierung die Flüchtlingssituation nicht im Griff hat – eine Einschätzung die nicht nur von den Anhängern der Oppositions-, sondern auch der Regierungsparteien geteilt wird. Von einer breiten Mehrheit (93 Prozent) wird bemängelt, dass die Koalitionspartner stärker gemeinsame Lösungen vorantreiben sollten, anstatt Streit in der Öffentlichkeit auszutragen. Dass sich die CSU offensiv gegen die Kanzlerin positioniert, sehen zugleich 45 Prozent positiv.

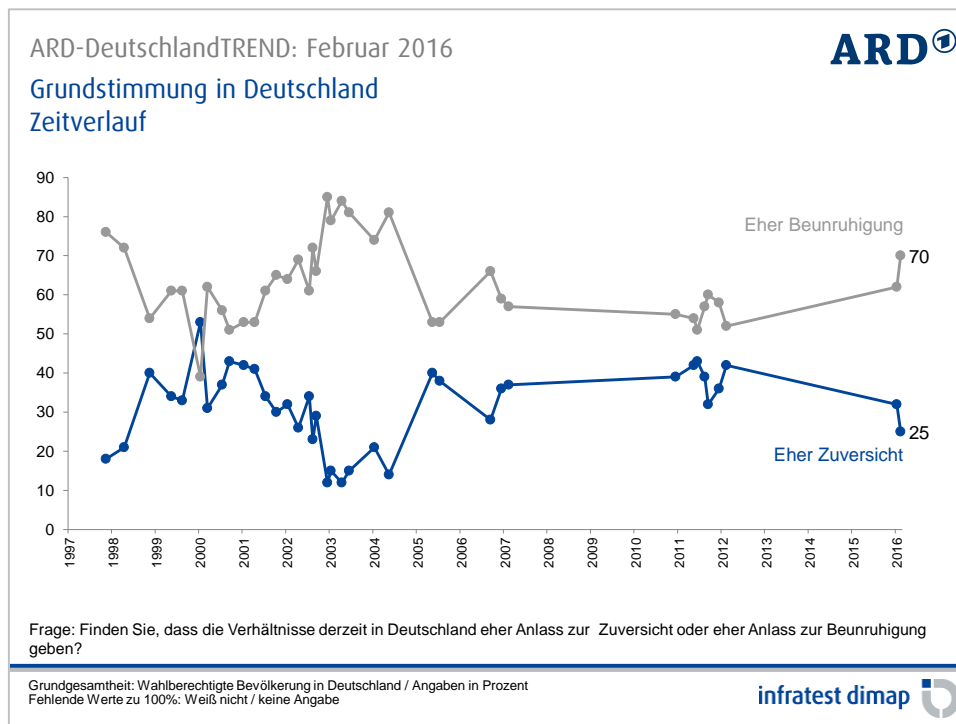
Bei aller Kritik an der Flüchtlingspolitik der Regierung wird die Aufnahme von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten von den Deutschen nach wie vor nahezu einhellig befürwortet: 94 Prozent finden das richtig. Auch die Bereitschaft zur Aufnahme von politisch oder religiös Verfolgten ist mit 73 Prozent weiterhin hoch. Bemerkenswert: Auch bei Bürgern, die der Meinung sind, dass die Bundesregierung die Flüchtlingssituation nicht im Griff hat, wird die Aufnahme politisch Verfolgter und von Kriegsflüchtlingen nicht in Frage gestellt. Auf deutliche Ablehnung stößt hingegen die Aufnahme von Menschen, die in ihrem Heimatland keine Arbeit und kein Auskommen haben: 71 Prozent finden das nicht richtig.

Der Vorschlag von Bundessozialministerin Nahles, Flüchtlingen, die sich den Integrationsangeboten verweigern, staatliche Leistungen zu kürzen, findet bei 88 Prozent Zustimmung. Auch die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer befürwortet eine große Mehrheit (78 Prozent). Für eine Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den EU-Ländern spricht sich gut jeder zweite Bundesbürger (53 Prozent) aus, 42 Prozent stehen Grenzkontrollen skeptisch gegenüber. Einzig die AfD-Anhänger sind mit großer Mehrheit (88 Prozent) für Kontrollen an den Grenzen zwischen den EU-Ländern.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND Februar 2016, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

Grundstimmung in Deutschland eingetrübt

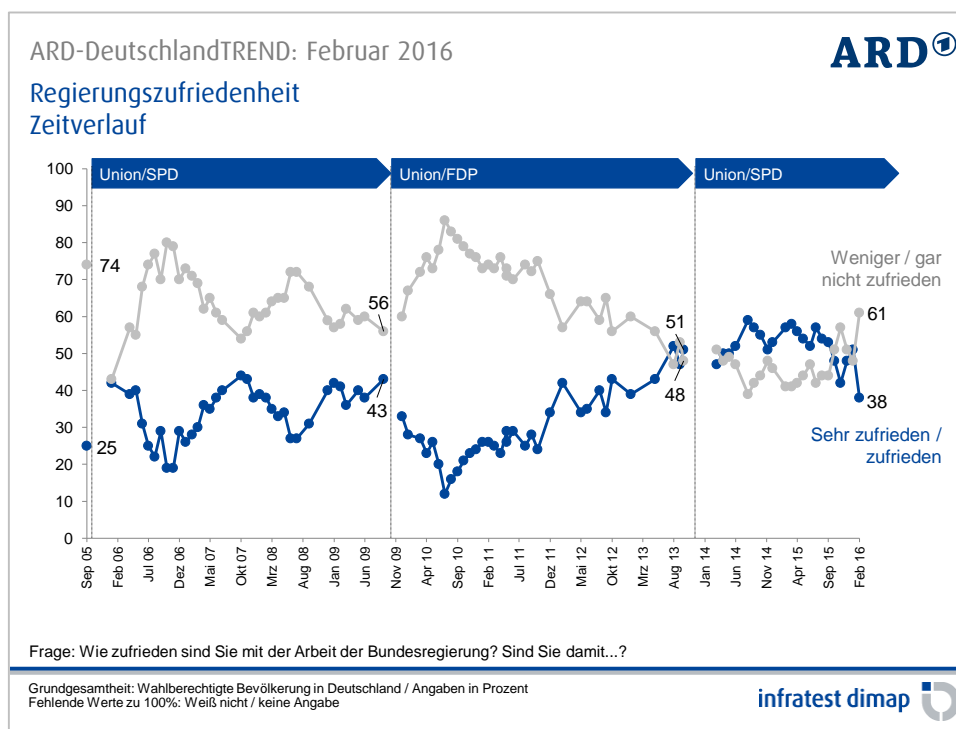
Die Grundstimmung in Deutschland ist derzeit wenig euphorisch: Ein Viertel der Bundesbürger (25 Prozent) blickt mit Zuversicht auf die Verhältnisse in Deutschland, die überwiegende Mehrheit (70 Prozent) beurteilt die aktuelle Situation jedoch eher skeptisch.



Seit Jahresbeginn hat sich die Beunruhigung über die Lage hierzulande weiter verstärkt und erreicht damit den höchsten Wert seit Mai 2004. Noch im Januar äußerten sich 32 Prozent optimistisch, 62 Prozent eher pessimistisch über die aktuelle Situation in der Bundesrepublik.

Unzufriedenheit mit der Bundesregierung wächst

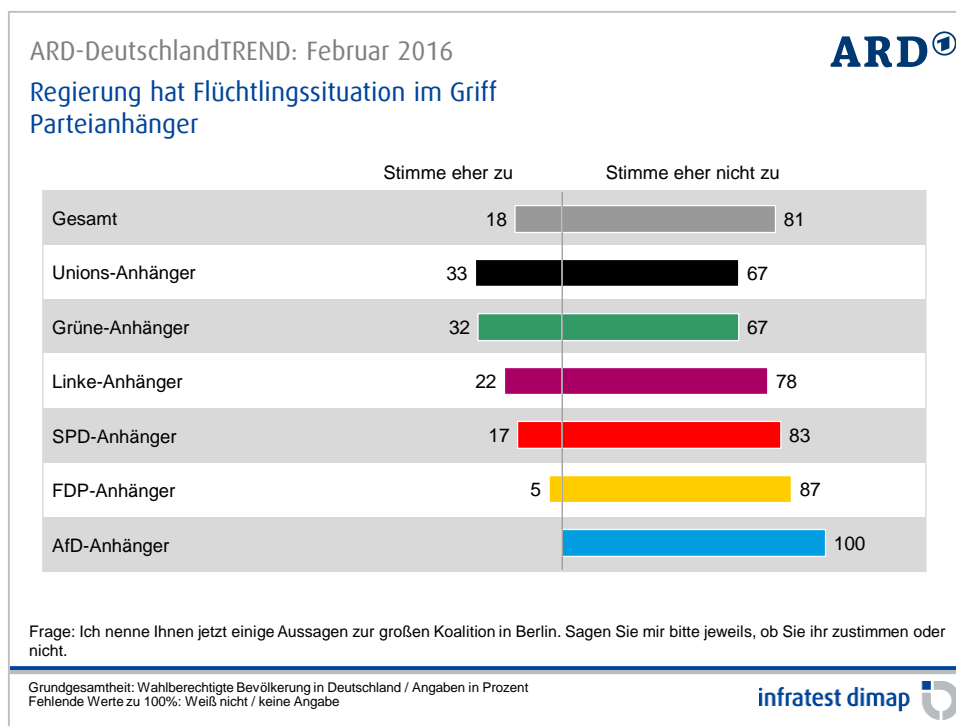
Mit dieser eher pessimistischen Einschätzung der aktuellen Lage in Deutschland einher geht eine wachsende Unzufriedenheit mit der Bundesregierung. Eine Mehrheit von 61 Prozent ist aktuell weniger (46 Prozent) bzw. gar nicht (15 Prozent) zufrieden mit dem Union/SPD-Kabinett. Lediglich 38 Prozent der Deutschen sind sehr zufrieden (1 Prozent) bzw. zufrieden (37 Prozent) mit der Leistung der Großen Koalition. Dies ist der niedrigste Wert in der laufenden Legislaturperiode.



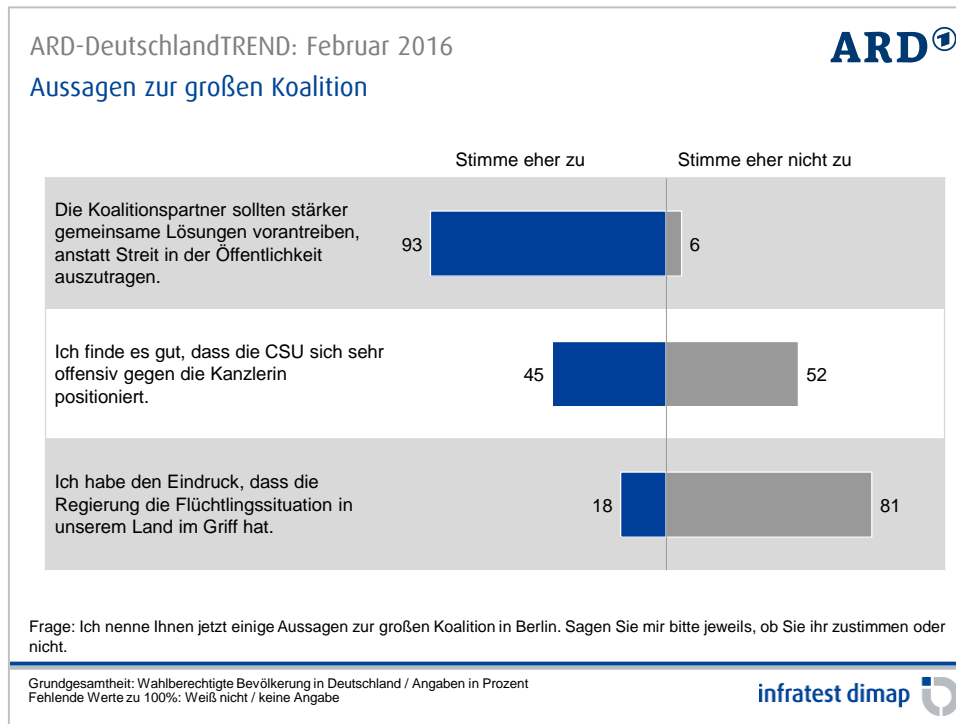
Besonders deutlich fällt die Skepsis in den Reihen der AfD-Anhänger aus, die das Regierungshandeln nahezu geschlossen kritisieren (91 Prozent). Aber auch mehr als jeder zweite SPD-Anhänger (54 Prozent) und mehr als jeder dritte Anhänger der Union (38 Prozent) ist mit der Leistung von Schwarz-Rot unzufrieden.

Bundesregierung hat die Flüchtlingssituation nicht im Griff

Einer der Hauptgründe für die aktuelle Unzufriedenheit ist offenbar im Umgang mit der Flüchtlingskrise begründet. So haben acht von zehn Bundesbürgern (81 Prozent) den Eindruck, dass die Regierung die Flüchtlingssituation nicht im Griff hat – eine Einschätzung die nicht nur von den Anhängern der Oppositions-, sondern auch der Regierungsparteien geteilt wird.



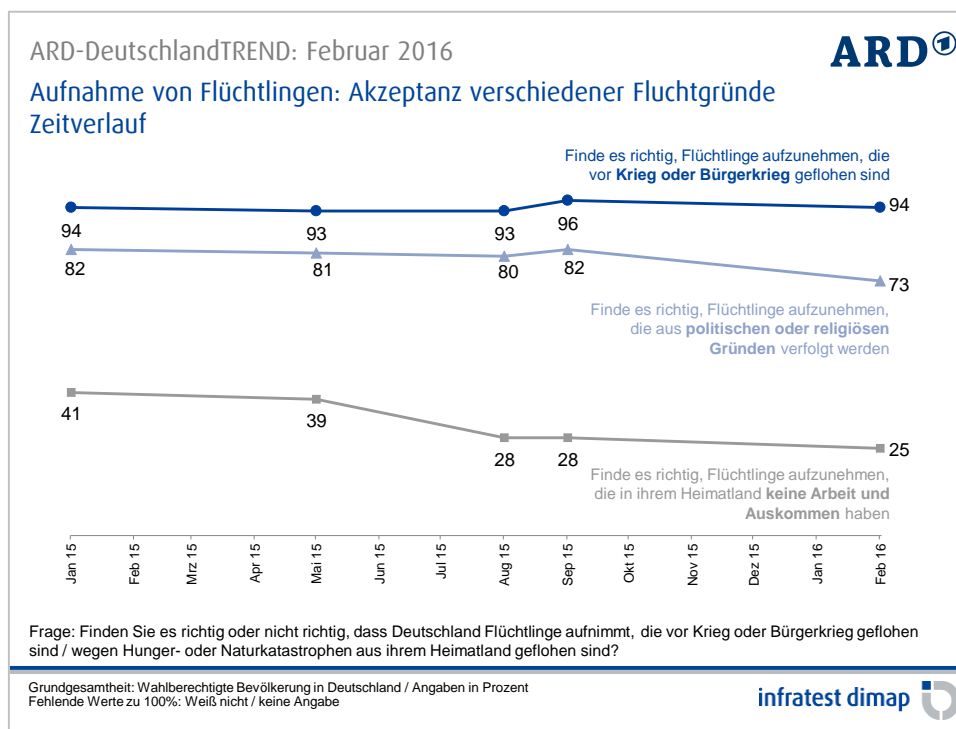
In diesem Zusammenhang wird von einer breiten Mehrheit (93 Prozent) bemängelt, dass die Koalitionspartner stärker gemeinsame Lösungen vorantreiben sollten, anstatt Streit in der Öffentlichkeit auszutragen.



Dass die CSU sich sehr offensiv gegen die Kanzlerin positioniert, kritisiert bundesweit etwas mehr als die Hälfte (52 Prozent) der Wahlberechtigten. Beachtliche 45 Prozent finden dies jedoch gut. In Bayern erfährt diese „harte Linie“ noch deutlichere Unterstützung (64 Prozent).

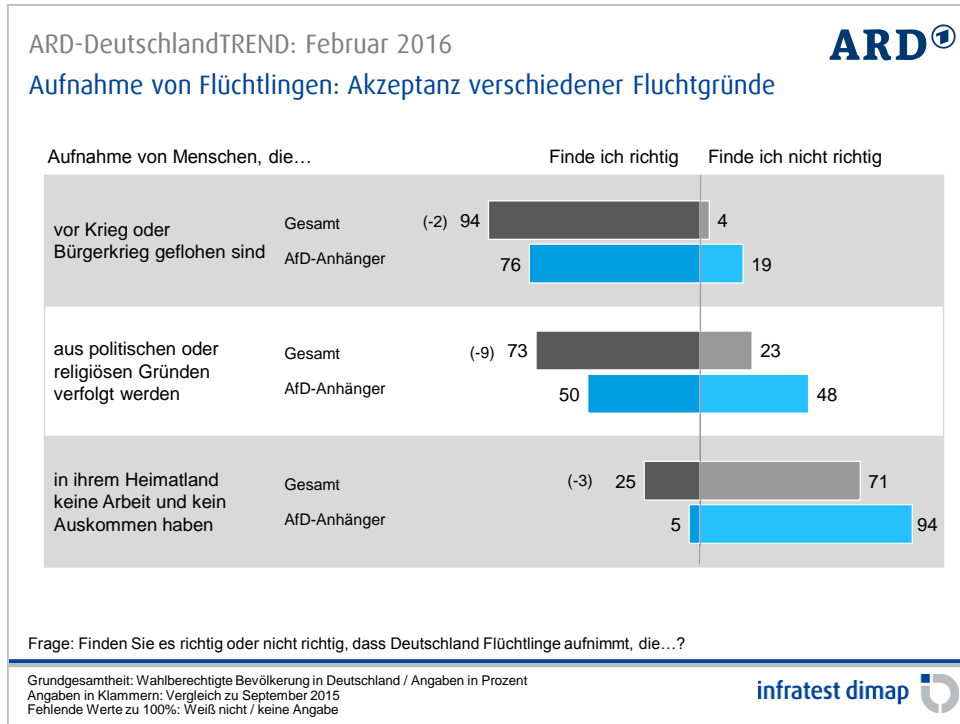
Konstant hohe Bereitschaft für Aufnahme von Kriegsflüchtlingen

Bei aller Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung wird die Aufnahme von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten von den Deutschen nach wie vor nahezu einhellig befürwortet: 94 Prozent finden das richtig. Die Bereitschaft, Flüchtlinge aus Kriegsgebieten aufzunehmen ist damit noch genauso hoch wie vor einem Jahr im Januar 2015. Lediglich 4 Prozent lehnen die Aufnahme von Flüchtlingen aus Kriegs- oder Bürgerkriegsregionen ab. Auch die Bereitschaft zur Aufnahme von politisch oder religiös Verfolgten ist weiterhin hoch: ihre Aufnahme wird knapp drei Vierteln (73 Prozent) unterstützt, ein knappes Viertel (23 Prozent) lehnt dies ab.



Bemerkenswert ist außerdem: Auch bei Bürgern, die der Meinung sind, dass die Bundesregierung die Flüchtlingssituation nicht im Griff hat, wird die Aufnahme politisch Verfolgter und von Kriegsflüchtlingen nicht in Frage gestellt.

Auf deutliche Ablehnung stößt hingegen die Aufnahme von Menschen, die in ihrem Heimatland keine Arbeit und kein Auskommen haben: 71 Prozent finden das nicht richtig, ein Viertel der Deutschen (25 Prozent) spricht sich für deren Aufnahme aus. Im Vergleich zum Januar 2015 ist die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen mit wirtschaftlichen Motiven um 16 Prozentpunkte gesunken.

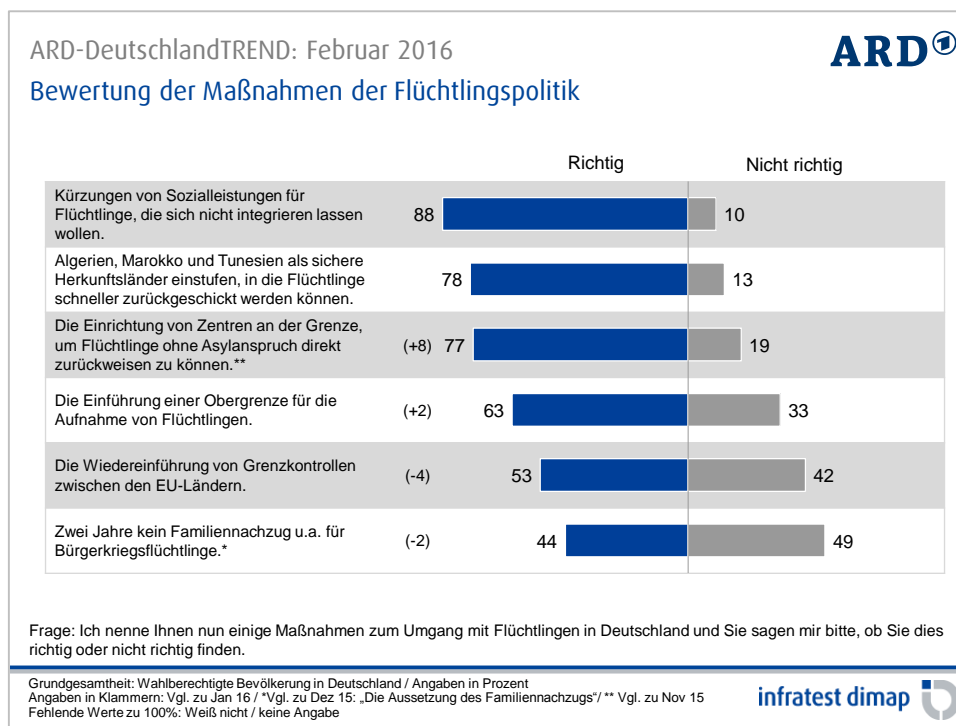


Die Analyse der Parteianhängerschaften zeigt, dass knapp jeder zweite AfD-Anhänger (48 Prozent) die Aufnahme politisch verfolgter Flüchtlinge nach Artikel 16a des Grundgesetzes ablehnt. Die Kritik an wirtschaftlich motivierter Zuwanderung ist in der AfD-Anhängerschaft mit 94 Prozent so groß wie bei keiner anderen Partei.

Leistungskürzungen für integrationsunwillige Flüchtlinge findet große Zustimmung

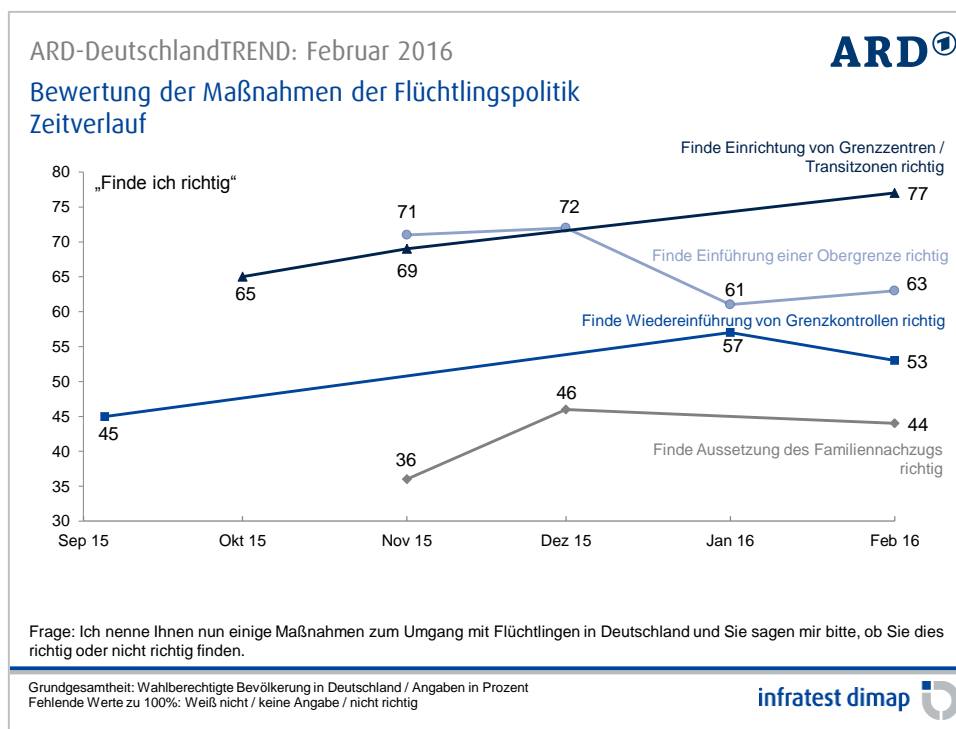
Bundessozialministerin Andrea Nahles will ein Gesetz auf den Weg bringen, um Flüchtlingen, die sich den Integrationsangeboten verweigern, **staatliche Leistungen kürzen** zu können. In der Bevölkerung findet dieser Vorschlag große Zustimmung: 88 Prozent finden das Vorhaben richtig, lediglich jeder Zehnte (10 Prozent) lehnt es ab.

Bei den Verhandlungen der Koalition über das Asylpaket II haben die Regierungsparteien vereinbart, dass Algerien, Marokko und Tunesien zu **sicheren Herkunftsländern** erklärt werden sollen. Damit sollen Asylsuchende aus diesen Ländern schneller in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden können. Fast acht von zehn Bundesbürgern (78 Prozent) unterstützen dies, knapp jeder Achte (13 Prozent) findet es nicht richtig.



Die CSU-Forderung nach einer **Obergrenze** für die Aufnahme von Flüchtlingen finden sechs von zehn (63 Prozent) richtig, während sich ein Drittel (33 Prozent) gegen eine Obergrenze ausspricht. Die Anhänger der AfD befürworten diese Forderung einhellig (97 Prozent). Die Grünen-Anhängerschaft ist mit deutlicher Mehrheit (66 Prozent) dagegen. In den ostdeutschen Bundesländern sprechen sich mehr Wahlberechtigte für die Einführung einer Obergrenze aus als in den westdeutschen Bundesländern (69:62 Prozent). Und insbesondere auch in Bayern ist die Zustimmung zu einer Obergrenze (76 Prozent) überdurchschnittlich hoch.

Die von der CDU-Politikerin Julia Klöckner thematisierte Einrichtung von **Zentren an der deutschen Grenze** für die Registrierung, in denen Flüchtlinge ohne Asylanspruch direkt zurückgewiesen werden sollen, stößt bei drei Vierteln der Bürger (77 Prozent) auf positive Resonanz. Ein Fünftel (19 Prozent) lehnt dieses Ansinnen ab. Große Zustimmung findet das Konzept in Reihen der AfD-Anhänger (96 Prozent), aber auch bei den Anhängern der Regierungsparteien Union (83 Prozent) und SPD (75 Prozent). Bei den Anhänger der Linken und der Grünen halten sich Zustimmung und Ablehnung in etwa die Waage.

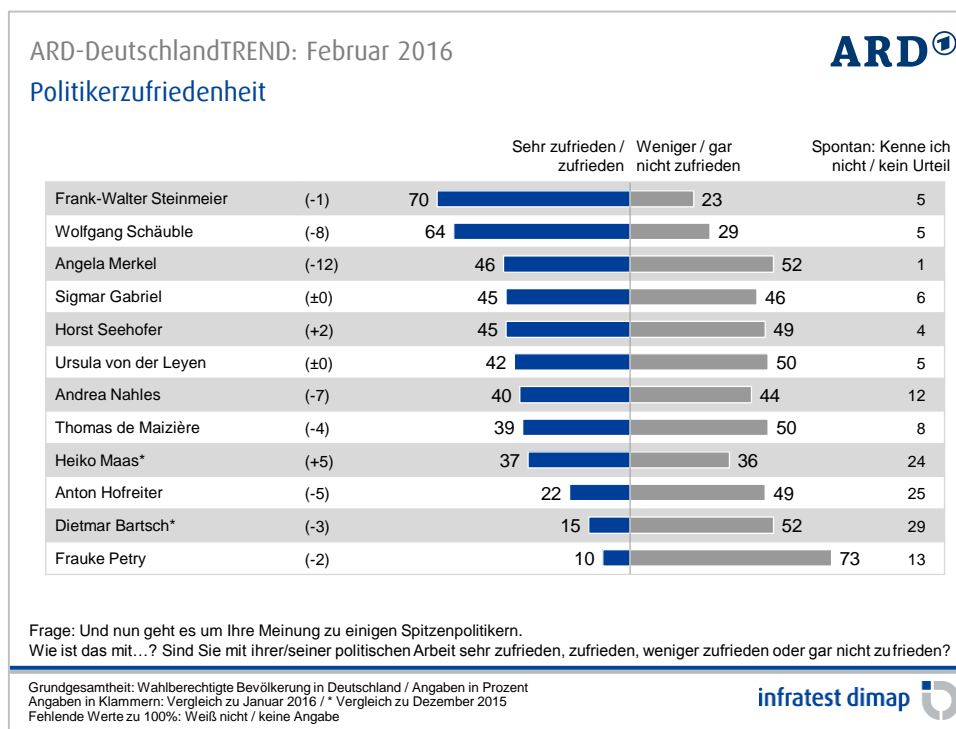


Für eine Wiedereinführung von **Grenzkontrollen zwischen den EU-Ländern** spricht sich gut jeder zweite Bundesbürger (53 Prozent) aus, 42 Prozent stehen Grenzkontrollen skeptisch gegenüber. Wiederum sind einzig die AfD-Anhänger mit großer Mehrheit (88 Prozent) für Kontrollen an den Grenzen zwischen den EU-Ländern. Die Grünen-Anhänger votieren hingegen mehrheitlich (70 Prozent) dagegen. Auch die innereuropäischen Grenzkontrollen finden in den östlichen Bundesländern und in Bayern höheren Zuspruch als im Rest der Republik.

Die **Beschränkung des Familiennachzugs** lehnt eine knappe Hälfte der Bevölkerung ab (49 Prozent). 44 Prozent finden es hingegen richtig, dass Bürgerkriegsflüchtlinge ihre Angehörigen zwei Jahre lang nicht nach Deutschland nachholen dürfen. Unter Anhängern der Union halten sich Zustimmung und Ablehnung in etwa die Waage, die Anhänger des Koalitionspartners SPD lehnen eine Beschränkung des Familiennachzugs hingegen mehrheitlich ab (58 Prozent).

Massiver Rückgang der Zufriedenheit mit Bundeskanzlerin Merkel

Aufgrund ihres Kurses in der Flüchtlingspolitik ist Bundeskanzlerin Angela Merkel in den vergangenen Wochen – auch in den eigenen Reihen – verstärkt kritisiert worden. Auch die Bevölkerung sieht ihre Arbeit zunehmend kritisch: nur noch knapp die Hälfte der Bundesbürger (46 Prozent) ist derzeit zufrieden mit der Kanzlerin - ihr schlechtester Wert seit August 2011. Noch vor vier Wochen fand ihre Politik bei 58 Prozent Zustimmung. Während die Anhänger der CDU zu vier Fünfteln (79 Prozent) hinter ihr stehen, ist jeder zweite Anhänger (51 Prozent) der CSU in Bayern weniger oder überhaupt nicht zufrieden mit dem Wirken der Kanzlerin. Finanzminister Wolfgang Schäuble muss ebenfalls einen erheblichen Vertrauensverlust (-8) hinnehmen. Mit einem Zustimmungswert von 64 Prozent gibt er den Spitzenplatz, den er drei Monate in Folge innehatte, an Außenminister Frank-Walter Steinmeier ab, der nahezu unverändert das Vertrauen von 70 Prozent (-1) genießt.



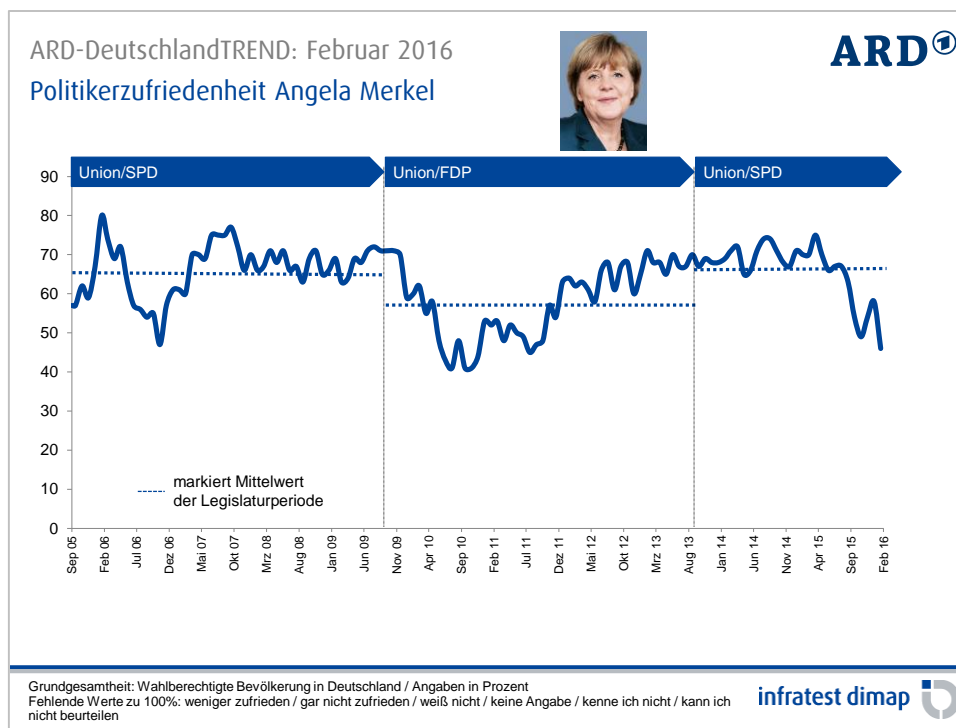
Nach einem leichten Plus zieht der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (45 Prozent, +2) mit Sigmar Gabriel gleich (45 Prozent, +/-0). Seehofers für Donnerstag geplanter Besuch beim russischen Präsidenten Putin wird von gut der Hälfte (54 Prozent) der deutschen Bevölkerung begrüßt, knapp jeder Dritte (31 Prozent) hält sie für eher schlecht. Die größte Unterstützung für seine Reise erfährt Seehofer dabei in den Reihen der AfD (80 Prozent).

Knapp hinter dem Trio Merkel, Gabriel und Seehofer rangiert Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die von unverändert 42 Prozent für ihre Arbeit gelobt wird. Einen spürbaren Imageverlust hat Arbeitsministerin Andrea Nahles zu verzeichnen. Mit ihren Leistungen zeigen sich derzeit 40 Prozent (-7) der Bevölkerung zufrieden. Knapp hinter ihr liegt

Innenminister Thomas de Maizière nach einem Verlust von 4 Punkten mit 39 Prozent Zufriedenheit.

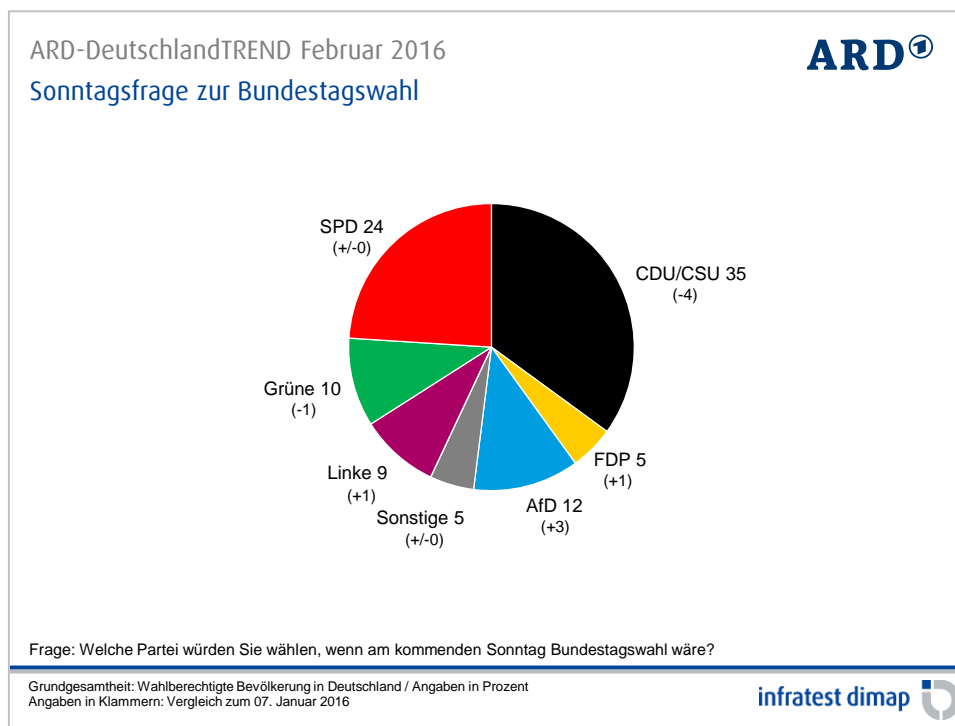
Verbessern konnte sich Justizminister Heiko Maas, der von 37 Prozent (+5 gegenüber Dezember letzten Jahres) Zustimmung erfährt und damit seinen bislang besten Wert im ARD-DeutschlandTREND erzielt.

Auf den hinteren Rängen finden sich der Fraktionsvorsitzende der Grünen Anton Hofreiter (22 Prozent, -5), der Fraktionsvorsitzende der Linken Dietmar Bartsch (15 Prozent, -3 gegenüber Dezember) und die Fraktionsvorsitzende der AfD Frauke Petry (10 Prozent, -2).

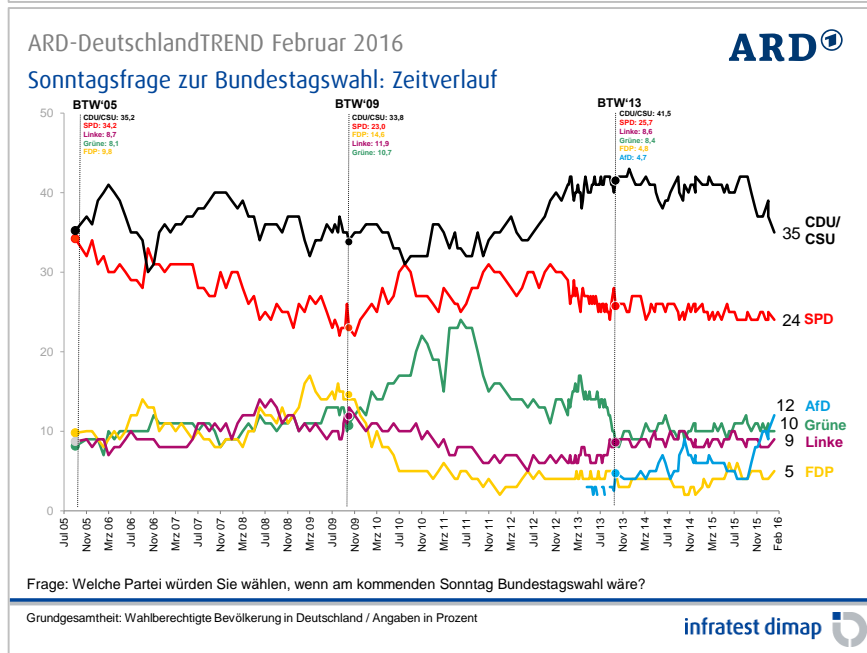
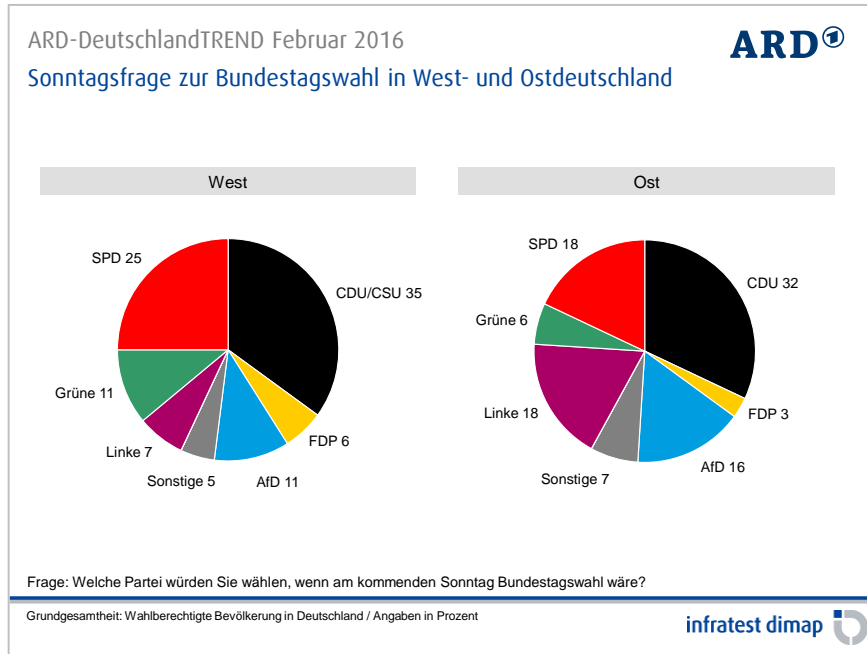


Sonntagsfrage: Tiefster Wert für die Union in der laufenden Legislaturperiode

Die massive Kritik an der Flüchtlingspolitik der Regierung und die sinkende Zufriedenheit mit dem Kabinett Merkel machen sich auch in der politischen Stimmung bemerkbar. Darunter leidet vor allem die Union, die aktuell 35 Prozent der Stimmen auf sich vereinen kann. Im Vergleich zum Vormonat bedeutet dies ein Minus von 4 Punkten und den niedrigsten Wert in der laufenden Legislaturperiode. Die SPD hält ihren Wähleranteil von 24 Prozent stabil zum Vormonat. Die Grünen verlieren leicht und liegen aktuell bei 10 Prozent (-1). Die Linke kann einen Punkt auf nunmehr 9 Prozent hinzugewinnen. Gleiches gilt für die FDP, die mit aktuell 5 Prozent auf der Mandatsschwelle liegt. Ebenfalls zulegen kann die AfD (+3), die sich mit 12 Prozent vor Grünen und Linken als drittstärkste Kraft platziert. Alle anderen Parteien erreichen zusammen genommen 5 Prozent der Stimmen.



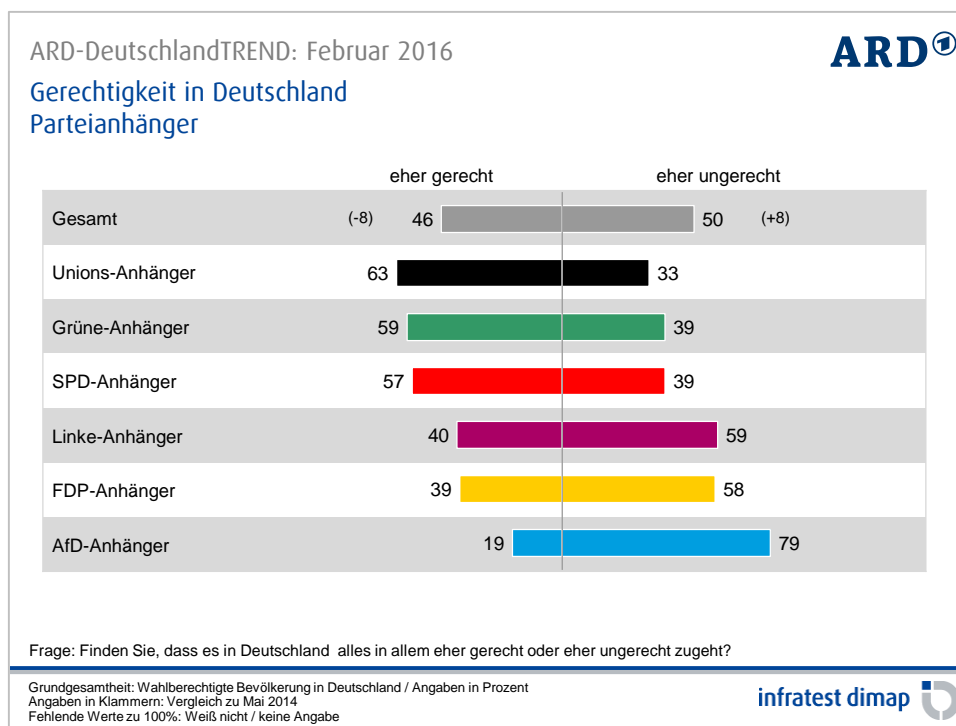
Der Vergleich der Wählerpräferenzen in West und Ost zeigt, dass die Zustimmung für die AfD sowohl in West- als auch in Ostdeutschland zweistellig ist, wenngleich die Partei in den östlichen Bundesländern stärker abschneidet.



Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Gerechtigkeitsfrage spaltet die Bevölkerung

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland wurde von der Bevölkerung lange Zeit als ungerecht wahrgenommen. Erst unmittelbar vor der letzten Bundestagswahl drehte sich das Stimmungsbild ins Positive und eine Mehrheit empfand die Situation hierzulande als gerecht. Aktuell ist das Meinungsbild gespalten: Derzeit finden 46 Prozent, dass es in Deutschland alles in allem gerecht zugeht, 50 Prozent sind gegenteiliger Meinung.



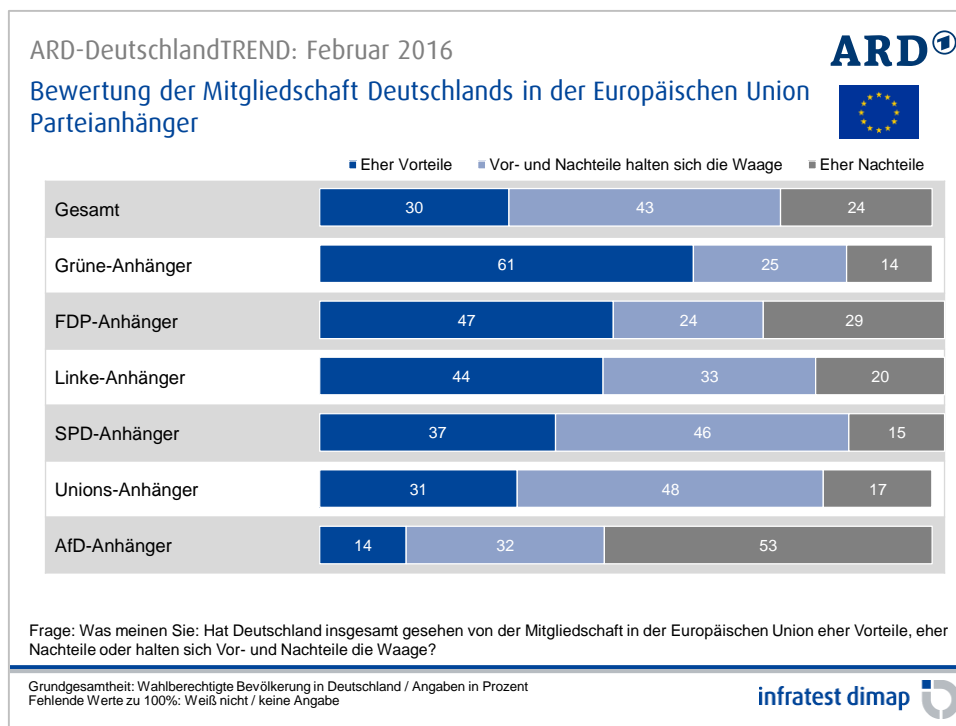
Neben den Anhängern der Union (63 Prozent) und der SPD (57 Prozent) ist auch die Mehrheit der Grünen-Anhänger (59 Prozent) überzeugt, dass es in Deutschland gerecht zugeht. Als ungerecht empfinden hingegen die Anhänger der Linken (59 Prozent), der FDP (58 Prozent) und vor allem der AfD (79 Prozent) die Verhältnisse in Deutschland. Auch die derzeit unentschlossenen Wahlberechtigten (56 Prozent) sowie bekennende Nichtwähler (64 Prozent) beurteilen die Lage hierzulande mehrheitlich als eher ungerecht.

Wer die Situation als ungerecht empfindet, hat eine deutlich kritischere Sicht auf die Politik. Dies zeigt sich an einer größeren Unzufriedenheit mit der Bundesregierung, stärkerer Kritik an der Flüchtlingspolitik und in Folge dessen einer nachdrücklicheren Forderung nach restriktiven Maßnahmen gegenüber Flüchtlingen sowie einer skeptischeren Bewertung der EU-Mitgliedschaft.

Europäische Union: AfD-Anhängerschaft sieht überwiegend Nachteile für Deutschland

Eine Lösung des Flüchtlingsproblems auf europäischer Ebene ist derzeit nicht in Sicht. Während Großbritannien mit einem Austritt aus der Gemeinschaft droht, wenn bestimmte Forderungen nicht erfüllt werden, haben einige EU-Länder wieder Grenzkontrollen eingeführt. Ein wichtiger Termin wird der EU-Gipfel Mitte Februar sein, bei dem Kanzlerin Merkel die anderen Länder auf eine europäische Lösung drängen will.

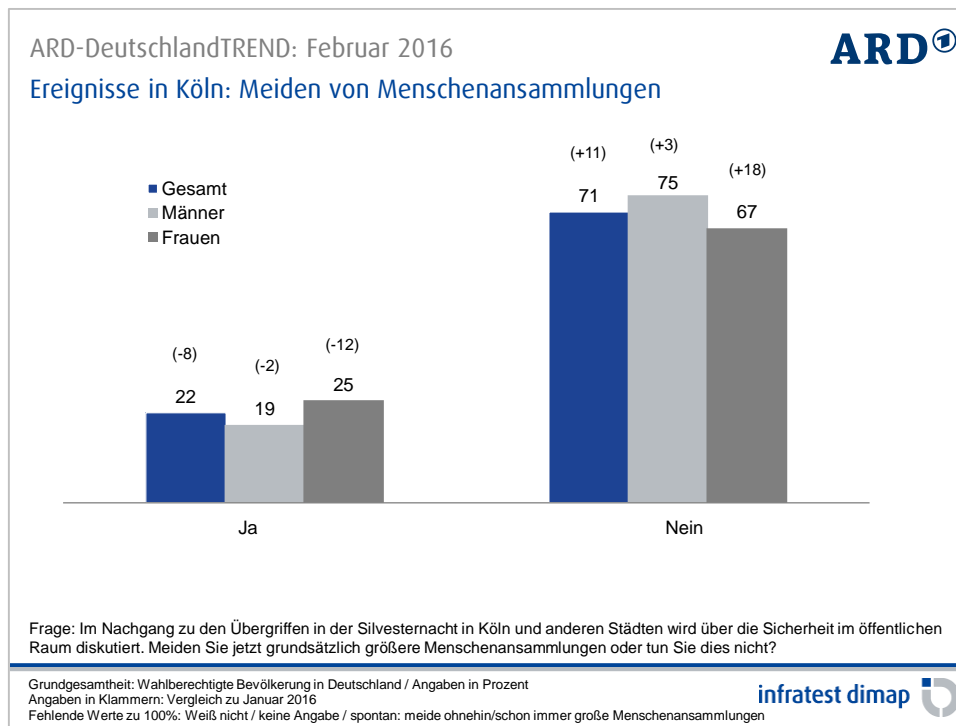
Vor diesem Hintergrund fällt die generelle Haltung der Bundesbürger zur EU etwas skeptischer aus als zuletzt: Derzeit sind 30 Prozent der Meinung, Deutschland würde aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union eher Vorteile ziehen, ein Minus von 7 Punkten im Vergleich zum Juli 2015. Dass sich Vor- und Nachteile in etwa die Waage halten glauben 43 Prozent (+1). Ein Viertel (24 Prozent, +5) ist der Auffassung, dass die Bundesrepublik überwiegend Nachteile durch die EU-Mitgliedschaft hat.



Die Anhänger der Grünen haben einen besonders positiven Blick auf die EU: 61 Prozent sehen Vorteile und nur 14 Prozent Nachteile in der Mitgliedschaft. Auch in Reihen von FDP, Linke, SPD und Union werden häufiger die Vor- als die Nachteile gesehen. Im Unterschied dazu vertritt eine Mehrheit der AfD-Anhänger die Auffassung, dass die Nachteile für Deutschland überwiegen.

Furcht vor großen Menschenansammlungen hat nachgelassen

Im Rheinland und anderen Gegenden Deutschlands steht der Höhepunkt des Straßenkarnevals bzw. -faschings vor der Tür. Die Polizei hat für die zahlreichen Veranstaltungen eine verstärkte Präsenz angekündigt, um die Sicherheit der Teilnehmer zu gewährleisten. Vor dem Hintergrund der Übergriffe in Köln und anderen Städten wurde befürchtet, dass der Zulauf zu den Umzügen aus Furcht vor Kriminalität und Anschlägen dieses Jahr geringer ausfallen könnte. Aktuell erklärt jeder fünfte Bundesbürger (22 Prozent), er bzw. sie würde nach den Ereignissen in der Silvesternacht größere Menschenansammlungen meiden, während sich sieben von zehn (71 Prozent) davon nicht abhalten lassen.



Im Januar, unmittelbar nach den Silvester-Ereignissen gaben 30 Prozent der Bevölkerung an, derzeit größere Menschenansammlungen zu meiden.

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert